

# Aufregung über ernüchterndes Ergebnis

Wer soll's richten? Organisationsgutachten über Samtgemeinde Mittelweser offenbart eklatante Schwächen

VON STEFAN RECKLEBEN

**Landesbergen/Stolzenau.** Beschäftigte und Politik der Samtgemeinde Mittelweser stehen vor der größten Herausforderung ihrer noch so jungen Geschichte: Das vertrauliche und interne Organisationsgutachten der Berliner Organisations- und Managementberatung (OMP) über die Mittelweser-Verwaltung weist teils massive Mängel nach. Die Samtgemeinde steht vor einer Zäsur: Einer der wichtigsten Fachbereichsleiter (Personal und Finanzen), Hartmut Witte, geht Ende April in den vorzeitigen Ruhestand. Samtgemeindebürgermeister Bernd Müller gibt sein Amt im November 2016 ab. Als Nachfolger wird Jens Beckmeyer (Nendorf) gehandelt. Nach offiziell unbestätigten Angaben aus der Politik soll sich Bauamtsleiterin Doris Engelking wegbeworben haben. Sie war zu einer Stellungnahme nicht erreichbar. In den Verwaltungstellen Landesbergen und Stolzenau soll helle Aufregung herrschen, ist aus der Politik zu hören. Samtgemeindebürgermeister Bernd Müller gab gestern keine Stellungnahme ab.

Nach und wegen der Fusion der Samtgemeinde Landesbergen mit der Gemeinde Stolzenau wollte die SPD früh ein Organisationsgutachten. Eine Mehrheit war fraglich. Nach heftigen Haushalts-Auseinandersetzungen im Dezember 2012 über die Kosten, nach Gesprächen in Klausurtagungen und Lenkungsgruppensitzungen näherte sich die Politik dem Gutachten. Ein Angebot holte sie im September 2014 ein und vergab den Auftrag an die Berliner am 12. November. Einigkeit besteht darin, das Gutachten auch umzusetzen.

Weitere Gründe dafür sollen die frühzeitige Ankündigung von Wittes Ausscheiden, Disharmonien in Teilen der Verwaltung und deren teils unbefriedigende Leistung und Auftragsbefriedigung gewesen sein. Die Ergebnisse der Expertise hörte der vertraulich tagende Samtgemeinderat Anfang Oktober und die Beschäftigten wenig später. Derzeit diskutiert die Politik die Expertise mit ihren 61 Handlungsempfehlungen nebst Varianten. Und es stellt sich die Frage der Stellenneubesetzung.

Das Gutachten mahnt einen zu intensivierenden Austausch zwischen Politik und Verwaltung an. Kritisch setzt es sich mit der Verwaltung als Arbeitgeber und dem Arbeitsklima auseinander. Da ist von Spannungen bei der Führung die Rede, von anhaltenden Problemen mit Informationstechnik und von bescheidenen räumlichen Arbeitsbedingungen. Die Samtgemeinde sei ein unattraktiver Arbeitgeber.

Die Mitarbeiterbe-

trachtung beschreibt eine problematische Führungskultur und eine Atmosphäre von demotivierend über bedrückend bis unerträglich. Das Arbeitsklima sei dringend zu verbessern. Es fehle Coöperate Identity links und rechts der Weser, also in Landesbergen wie Stolzenau. Die Gutachter sehen eine Lösung im Wechsel von Führungskräften und empfehlen einen neuen Anlauf mit Coaching. Es müsse ein grundlegender Entwicklungsprozess eingeleitet werden.

Die Gutachter vermissen ein systematisches Projektmanagement und halten das Controlling für unzureichend. Sie weisen auf fehlende Protokolle aus der Runde der Fachbereichsleiter und schlagen vor, führende Mitarbeitende sollten sich Führungswissen aneignen. Es gibt Kritik an der Personalplanung, deren Entwicklung, Personalspiegel, Konzept und Fortbildung: Die Expertise mahnt ausdrücklich eine gezielte Erhöhung des Anteils der Mitarbeiter an, die Verwaltungsausbildung besitzen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten am Personal liegt bei 47,5, die kritische Grenze bei 25 Prozent. Fehlzeiten sind zu hoch und Stellenbeschreibungen veraltet. Es gebe kein Personalberichts-wesen mit Auswertung.

Bei der Wirtschaftsförderung vermissen die Gutachter ein klares Konzept. Da werde auf zu vielen Hochzeiten getanzt. Wieso, fragen sich die Experten, muss der Wirtschaftsförderer Kirmes, Schützenfeste und Neujahrsempfänge organisieren? Das sei nicht nachzuvollziehen.

Kritik auch an formalistischen Behinderungen der Bauhofleitung. Das Gutachten bescheinigt dem Baubereich allerdings eine fachlich gute Leistung.

Das Gutachten stellt fest, dass zur optimierenden Aufgabenerledigung keine zusätzlichen Stellen nötig sind. Es empfiehlt Vorgehensweisen, mit denen Führungspersonal in die Lage versetzt wird, die Handlung-

Grant Hendrik Tonne, MdL  
Pressedokumentation  
DIE HARKE – 1. Lokalseite  
24.10.2015



# Externer Kopfratsam



VON STEFAN  
RECKLEBEN

► Dass es  
Unstimmigkeiten in der

Samtgemeindeverwaltung Mittelweser gibt und sich Politiker über eine zu behäbige Verwaltungsleistung ärgern, ist bekannt. Dass die SPD frühzeitig ein Organisationsgutachten einforderte, ist in Vergessenheit geraten. Das war nach der Fusion der Samtgemeinde Landesbergen mit der Gemeinde Stolzenau nicht nur richtig. Das war geboten. Denn zu unterschiedlich sind die soziologische und historische Entwicklung der Ortschaften mit ihren Kirchspielen diesseits und jenseits der Weser verlaufen. Bis zum 1. November 2011 standen sich in ihrer Prägung gegenüber: Das hochwichtige Willi-Town Landesbergen und der höchstwichtige „Altkreis“ Stolzenau, der längst kein Altkreis mehr ist. Was beide eint, ist: Sie wissen alles besser.

Die Kärner in den Fraktionen arbeiteten verbissen und leise daran, sich Schritt auf Schritt wenigstens politisch näher zu kommen. Entkrampfungen lieferten die Lenkungsgruppe und Klausurtagungen mit kleinen großen Ergebnissen wie der Brandschutzbedarfsplan und Tourismus. Langsam gerieten die Erbsenzähler um den Stolzenauer und Landesberger Kirchturm ins Hintertreffen. Umso mehr wuchs die Erwartung an die Verwaltungsleistung. Die blieb dahinter zurück und bescherte den Gutachtenbefürwortern nach und nach die Mehrheit und dem Samtgemeindeausschuss die Einigkeit, das Gutachten auch umzusetzen.

Die Politik will mit dem Gutachten sich und die Bediensteten in eine neue Struktur mitnehmen. Da ist ihr externer, parteiloser Führungs-Sachverständiger nur zu wünschen.

vorschläge selbst umzusetzen.

Für Stolzenaus Bürgermeister Hans-Hermann Steinmann (CDU, Frestorf) ist das Gutachten nicht eins zu eins umsetzbar. Er spricht sich für eine Ausschreibung der Müller-Stelle aus. Er sieht keinen geeigneten Kandidaten aus den eigenen Reihen und betrachtet einen Witte-Ersatz aus der Verwaltung mit Skepsis. Steinmann spricht über „alte Seilschaften“ in Landesbergen und Stolzenau, die Müller nicht in den Griff kriegt habe. „Das ist ganz schwierig.“ Es kann nicht sein,

dass einer gegen den anderen arbeitet.“

Für Landesbergens Bürgermeisterin Heidrun Kuhlmann (SPD) war nach der Fusion ein solches Gutachten eh zwingend, um sich zügig neu aufzustellen. An einen Auslöser wegen der Probleme in der Verwaltung „glaube ich nicht“. Und: „Ich äußere mich nicht zu dem Hickhack.“ Ihr gehe es darum, Anfang November im Samtgemeinderat über die Umsetzung des Gutachtens zu reden und voran zu kommen. Die Stellen sollten für jeden Bewerber aus-

geschrieben werden.

Nach Angaben von Husums Bürgermeister Friedel Fischer (CDU) war auch der angekündigte Abschied Hartmut Wittes und die damit zusammenhängende Frage einer Umstrukturierung Grund für das Gutachten, um Antworten auf die Frage zu bekommen, wie zwei Verwaltungen zusammenzuführen sind, um harmonisch zusammen zu arbeiten und politische Aufträge zügig abarbeiten zu können. Die Diskussion um die Stellenneubesetzungen müsse umgehend erfolgen. Einen Ersatz für Müller aus CDU-Kreisen sieht Fischer nicht. Die Stelle solle ausgeschrieben werden.

Für Leeses Bürgermeister Grant Hendrik Tonne (SPD) waren Auslöser des Gutachtens Wittes Ausscheiden und der Wunsch nach einer fundierten Grundlage für eine leistungsstarke Verwaltung, die harmonisch miteinander arbeitet. Er spricht sich für die Umsetzung des Gutachtens und Ausschreibungen der Stellen aus. „Die Lage ist schwierig. Ein Neustart muss kommen und mit eigenen Mitteln gelingen.“

Ähnlich äußerte sich Estorfs Bürgermeister Arnd Focke (SPD), der Optimierungsbedarf bei den handelnden Personen in der Verwaltung nach der Fusion sieht, von liegen gebliebenen Aufgaben und einem jetzt anstehenden „radikalen Schnitt“ sprach. Wie das Gutachten im Einzelnen umzusetzen ist, sei unklar. Auch er spricht sich für die Ausschreibung der Müller-Stelle aus, deren Inhaber eine „Mammutaufgabe zu bewältigen hat“. Für ihn ist da kein SPD-Kandidat in Sicht.

Grant Hendrik Tonne, MdL  
Pressedokumentation  
DIE HARKE – 1. Lokalseite  
24.10.2015

